

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Besitzergreife bei täglich vermittelten Zeitung ist laut monatlich RSR. 8,20, nach Postleistung RSR. 8,20 zuzügl. 49,88 Mpt. Postgebühren (Postabfertigungsgebühr) bei Gebrauch bedient. Berl. 1. Einschr. 10 Mpt., außerhalb Sachsen mit Bergam-Satzgabe 16 Mpt.

Druck u. Verlag: Lipsch & Reichardt, Dresden-II, I. Marienstraße 38/52. Fernsch. 2521. Postleistungskonto 1065 Dresden. Dieses Blatt entält die amtlichen Bekanntmachungen der Umlaufhauptmannschaft Dresden und des Schiedsgerichts beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Belegungspreis 8. Bruttobüro Nr. 6: Wissenszeile (ca. 30 cm breit) 11,5 Mpt. Nachdruck nach Artikel D. Sonderausgaben u. Einzelne Wissenszeile 6 Mpt. — Rundschau mit 10 Mpt. — Offizielles 20 Mpt. — Rundschau nur mit Sonderausgaben 20 Mpt. — Rundschau mit 10 Mpt. — Sonderausgaben nicht aufzubereiten.

„Alle Heilmethoden unvoreingenommen prüfen“

Amfassender Dienst an der Volksgesundheit

Rudolf Hess spricht auf dem Homöopathischen Kongress

Berlin, 9. August.

In der Aula der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin begann am Montag früh in Anwesenheit des Stellvertreters des Führers, Reichsminister Rudolf Hess, des Schirmherren des Kongresses, die 12. Tagung der Internationalen Homöopathischen Liga. Reichsminister Rudolf Hess hielt bei dieser Gelegenheit eine wegweisende Rede, in der er das Verhältnis von Homöopathie und Allopathie zueinander behandelte und einen Appell an die Herzlichkeit richtete, auch bisher abgelehnte oder gar angefeindete Heilmethoden unvoreingenommen zu prüfen.

Die Rede des Stellvertreters des Führers lautete:

Meine Damen und Herren! Das neue Deutschland betrachtet es als eine staatlich-politische Notwendigkeit, daß alle Erkrankungen daraufhin geprüft werden, wieweit sie dem Volke an Nutzen vermögen. Dieser Grundfaß hat für Heilmethoden im besonderen seine Anwendung zu finden. Denn die Heilmethoden haben unmittelbaren Einfluss auf die Grundlage des Lebens des ganzen Volkes durch Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit des einzelnen.

Es ist bekannt, daß nicht nur neue Heilmethoden, sondern auch solche, die ihren Ursprung schon in weiterer Vergangenheit haben, wie z. B. die Homöopathie, heute schon von sich lagen kann, Anwendungen unterliegen und Ablehnung auch von einzelnen Aeraten erfloren, ohne daß diese die Heilmethoden einer ernsthaften Prüfung unterzogen hätten. Der Arzt aber ist der wesentliche Träger des Heils, weshalb er es deshalb vor allem dafür verantwortlich, daß wirklich alles Heilmittel und alle Heilkunst, die der Gesundheit des Volkes dienlich sein können, herangezogen werden.

Ich habe daher die Schirmherrschaft des XII. Internationalen Homöopathischen Kongresses in Berlin mit der Absicht übernommen, das Interesse des nationalsozialistischen Staates an allen Heilmethoden, die der Volksgesundheit dienen, zum Ausdruck zu bringen. Angleich möchte ich dabei die Arzteschaft insgesamt auffordern, auch bisher abgelehnte oder gar angefeindete Heilmethoden unvoreingenommen zu prüfen.

Es ist notwendig, daß die unverengenommene Prüfung nicht nur in der Theorie, sondern vor allem auch an den praktischen Ergebnissen des Werks derer erfolgt, die zur Heilung anderseitig Methoden anwenden als die allgemein üblichen. Dafür als einmal hat die Wissenschaft, auf der Theorie allein liegend, Urteil gefällt, die später durch die Praxis als absurdum gefaßt wurden; oft sogar erst nach langer Zeit, nachdem die Entwicklung zum Fortschritt um Jahrzehnte gehemmt und hochverdorbenen Zweckbereitn schweiges Unrecht angeführt war. Ich brauche Sie auf Ihrem medizinischen Gebiet nur daran zu erinnern, daß ein Arzt vor rund 100 Jahren bei der Erforschung des Kindheitsfiebers die Lehre von der Sepsis und Asepsis aufstellte, und deshalb seit jenseits Lebens von seinem Berufsgenossen veracht und angefeindet wurde. Niemand wird aber bestreiten, daß in dieser Lehre eine der bedeutungsvollsten Erkenntnisse für die Heilkunst enthalten ist, die heute zu den selbstverständlichen Grundlagen der Medizin gehört.

Einige wichtige Aerate, z. T. solche mit bekannten Namen, haben im Laufe der letzten Jahre offene Worte gefunden über

eine Kritik in der Medizin, über eine Sackgasse, in die sie geraten ist. Es ist naheliegend, daß der Ausweg in Richtung steht, die der Natur sich läßt.

Naum ist eine andere Wissenschaft im Grunde so naturgebunden wie die Medizin, die sich mit der Heilung von Lebewesen beschäftigt. Und immer stärker wird die Forderung erhoben, über den Tell das Ganze nicht aus den Augen zu verlieren: eine Forderung allgemeingültiger Art, deren Befolgung bereits staatlich-politisch getragen hat. Auf dem Gebiete der Medizin lautet diese Forderung: „Für Heilung eines kranken Organismus muß die Heilung über die Einflussnahme auf den Gesamtorganismus zu gehen. Die Homöopathie ist eine natürliche Heilweise, die diesen Weg von jeher beschritten hat.“

Wie sehr es möglich ist, scheinbar sich widersprechende und einander ausschließende Begriffe und deren Auswirkungen miteinander zu vereinigen, dafür ist in Deutschland der Beweis in den letzten Jahren erbracht worden. Vor nicht allzu langer Zeit forderte die Behauptung, Nationalsozialismus und Sozialismus hätten sich einander zu ergänzen, schwerste Angriffe, Hohn und Spott heran. Heute ist im gesamten deutschen Volk zur Selbstverständlichkeit geworden, daß sie sich in der Tat ergänzen.

In der Parallele zu dieser politischen Erfahrung glaube ich getrost vorauszugehen zu können, daß auf medizinischem Gebiet die Zeit kommen wird, in der ebenso selbstverständlich Homöopathie und Allopathie nicht als einander ausschließend, sondern als sich ergänzend angesehen werden, ja die Medizin nicht mehr denkbar ist, ohne daß sie sich beider Heilmethoden bedient. Ich möchte sogar noch weitergehen und der Meinung Ausdruck geben, daß die Heilkunst in nicht allzu ferner Zeit an den Erstaunungen und an dem Wissen, das Allopathie und Homöopathie ihr vermitteln, weitere Erkenntnisse sammeln und anwenden wird, die heute noch auf wissenschaftlich wenig erforschtem Gebiet liegen. Diese Entwicklung wird der Medizin und damit der Menschheit zum Segen gereichen.

In der Hoffnung, daß die Tagung des 12. Internationalen Homöopathischen Kongresses 1937 in Berlin beitreten möge, eine Aussöhnung in einander ergänzendem Sinne in nahe Zukunft zu rüden, wünsche ich dem Kongress vollen Erfolg seiner Arbeit.

Klerikale Heile im Banat

Von unserem ständigen Mitarbeiter für Südosteuropa

Kronstadt, 9. August.

Unter der deutschbewohnten Bevölkerung des rumänischen Banats herrscht tiefe Empörung über einen katholischen Geistlichen, einen Domherrn, der unlängst in einer Predigt von der Kanzel herab eine politische Agitationssrede gegen das nationalsozialistische Deutschland hielt, wobei er u. a. wörtlich sagte: „Der Kommunismus ist nicht so gefährlich, denn er zerstört nur die Kirchen, die aber wieder aufgebaut werden können. Der Nationalsozialismus aber zerstört die Seele der Jugend. Das aber ist nicht wieder gutzumachen.“ Zur weiteren Verlängerung seiner sogenannten Predigt erklärte der tamore Domherr: „In fünf, höchstens sechs Jahren sind wir wieder an der Macht.“ Zu dieser unerhörten Entgleisung eines katholischen Priesters bemerkte die Kronstädter „Deutsche Tageszeitung“: „Der Domherr macht Schule. Was ihm erlaubt ist, ist allen anderen Pfarrern, Kaplanen und Kaplänen heilig. Die Menschen, die ihm ähnlich erscheinen, sind keinen untergeordneten Berufsstellen geblieben. Alles wird gierig aufgenommen, und wie ein Uhrwerk funktioniert der klerikale Regapparat...“ Wenn die deutschen Menschen nicht mehr in die durch ihren Fleiß aufgebauten Kirchen gehen, dann tun sie dies nur darum nicht, um sich nicht in ihrem völkischen Ehrgeschäft demütigen zu lassen, um nicht aufsehen zu müssen, wie ihr Pfarrer seine hohe Sendung missbraucht.“ Weiter hörte dann das genannte Blatt ein Gespräch mit einer alten deutschen Stedlerin, die ihr Heid trug und sagte: „Früher habe ich in der Kirche Erleichterung, Trost und Frieden gefunden. Heute aber sucht mich jedesmal eine innere Unruhe, wenn der Kaplan zu predigen anfängt.“ Am Schlus dieser Beiträge kommt die Kronstädter „Deutsche Tageszeitung“ zu dem Ergebnis: „Wir machen dieses Theater nicht mehr mit, der Domherr stellt den Nationalsozialismus als größte Gefahr hin. Der Herr Prästadministrator bezeichnet die deutschen Mädel als Straßendirnen, der Kaplan Wehl nimmt deutscheschließende und sexueller verbrechende Geistliche in Schuß. Einmal aber wird der Tag kommen, an dem wir Genugtuung verlangen werden.“

Frankreich muß sich gegen Bolschewistenbomber schützen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. August.

Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Radio aus Libanon wird dort bestätigt, daß die britischen Behörden Informationen erhalten hätten, wonach die drei Flugzeuge, die am Freitag den englischen, französischen und italienischen Dampfer bombardiert hatten, sowjetische Flugzeuge waren.

Es ist nicht ohne Ironie, daß die Angriffe der bolschewistischen Flugzeuge auf Handelschiffe nunmehr die französische Regierung zwingen, ihre Schiffe im westlichen Mittelmeer zu schützen. Und zwar sind diese Maßnahmen von der Matrosengewerkschaft von Algier gefordert worden. Die französische Regierung hat sich bereit, die Forderungen zu erfüllen. Sie hat veranlaßt, daß die aus Oran auslaufenden französischen Handelschiffe von einem Kanonenboot begleitet werden. Die aus dem Hafen von Algier auslaufenden Schiffe werden von zwei Wasserflugzeugen soweit begleitet werden, bis sie auf die Linie Oran-Marseille stoßen und von einem Kanonenboot weitergeleitet werden können. Die Wasserflugzeuge kehren dann nach Algier zurück. Außerdem wird auch noch ein französischer Torpedobootsjägerständig zwischen der algerischen Küste und den Balearen Kreuzen. Man darf gespannt sein, welchen Eindruck diese Maßnahmen der französischen Volksregierung auf die Valencia-Bolschewisten machen werden.

Neue Opfer der Ziviljustiz

Moskau, 9. August.

Nachdem erst vor kurzem unter den obersten Staats- und Parteifunktionären der Sowjetrepublik Tadschikistan massenhafte Verhaftungen erfolgt waren, wird jetzt durch die Taschener Zeitung „Pravda Tadschik“ vom 8. August bekannt, daß ein ähnliches Strafgericht in Tadschikistan vorgenommen worden ist. Es wurden aus der bolschewistischen Partei wegen „nationalistischer Unruhen“ ausgeschlossen und verhaftet: der Präsident des Taschener Stadtgerichts Tadschik, der Volkskommissar für Finanzen Islamow und eine Reihe weiterer Parteibeamter. Ferner wird unter den Verhafteten der bishierige Oberkommissar 2. Ranges Jupo aufgeführt, der erst vor wenigen Monaten als Chef der Polizeiverwaltung und als Mitglied des Kriegsrates des mittelasischen Militärbezirks nach Taschik entrichtet worden war. Jupo war bis dahin Leiter der Veningrad-Militärschule für politische Kommissare gewesen.

Zum Kelly, Vorsitzenden des Volkskommissariats der großerzähnischen Bundesrepublik Tadschik, wurde Sodiontjanenko ernannt. Da es nur zweistellvertretende Vorsitzende des Volkskommissariates des NSRDR gibt, muß einer der beiden bisherigen Inhaber dieses Postens auf sein Amt entlassen werden sein. Es erfolgt jedoch, wie seit längerem üblich, darüber keine Mitteilung. Als entlassen kommen die Volkskommissare Webel oder Rysakov in Frage.

Moskau bestellt Schlachtschiffe in Amerika

Drei Riesen von 35000 Tonnen mit 40,5-Zentimeter-Geschützen geplant

New York, 9. August.

On americanischen politischen Kreisen verlautet, daß die Sowjetabordnung, die im Frühjahr wegen des Buues zweier Schlachtschiffe in Amerika Verhandlungen führte, die jedoch infolge amalicher Einwände schwierig, jetzt mit amerikanischen Stahlwerken und Privatwerken neue Verhandlungen aufnahm. Es handelt sich dabei wiederum um den Bau eines 35.000-Tonnen-Schlachtschiffes, das mit neun 40,5-Zentimeter-Geschützen bestückt werden soll. Es verlautet ferner, daß die Sowjetregierung im ganzen die Bevölkerung von drei 35.000-Tonnen-Schlachtschiffen plant, die alle mit je neun 40,5-Zentimeter-Geschützen bestückt werden sollen.

Die „New York Times“ berichtet, daß zur Durchführung des Schlachtschiffbaus eine eigene amerikanische Gesellschaft, die „Carp Export Company“, gegründet wurde. Ihr Vater ist der amerikanische Staatsbürger Samuel Carp, der ein Schwager des Vorsitzenden des Moskauer Bausandschusses, Molotow, ist. Die Gesellschaft ist dem Blatte zufolge gegründet worden, weil der Umfang der Sowjetanfrage, die sich auf 100 bis 200 Millionen Dollar belaufen, die Betreuung durch eine besondere Organisation erforderlich mache.

Bei den Frühjahrsverhandlungen, in denen die Sowjeten zum ersten Male den Verlust melden, ihre Schlachtschiffe bestellten in Amerika unterzubringen, hatte Moskau gewünscht, daß die Schiffe nach ihrer Fertigstellung von der U.S.-Marine amlich bestückt und ausgetrieben würden. Diese Forderung hatte die Regierung in Washington ab-

gelehnt, worauf die Verhandlungen im Sande verließen. Jetzt ist Moskau bereit, auf diese Bedingung zu verzichten.

Amerika soll sich also dazu hergeben, der Marine der Weltrevolution ihre starken Waffen zu schmieden. Großrussland, wie die geplanten Schiffe sind es, die Flotten den Rückhalt geben. In ihrem Besitz würde die Sowjetunion zur See eine Rolle spielen, die man in Japan und anderorts mit Recht als bedrohlich empfinden würde. Sowjetrussland ist in der ganzen Welt der gewissenlosen Friedenskübler und Saboteur der Bemühungen, die auf eine internationale Vereinigung abzielen. Man hat auf der Konferenz von Montreux der roten Marine das Mittelmeer großzügig, bestimmt. Wegen der Tatsache, daß Moskau an der Ostsee, am Weißen Meer und am Stillen Ozean umfangreiche Rüstungen trifft. Die Frage ist bereitgestellt, welche Pläne die Räterunion mit ihrem in der letzten Zeit so auffällig übersteigerten Flottenausbau verfolgt; um so mehr, als die russischen Kosten nirgends von niemand bezahlt werden.

Die russischen Sowjetstreitkräfte mögen den Amerikanern als ein gutes Geschäft erscheinen. Es kommt aber nicht nur darauf an, ob ein Geschäft finanziell gut ist, sondern auch darauf, ob es moralisch gut ist. Wollen wirklich die Vereinten Staaten, das Land des Kapitalismus und der Demokratie, den Tochtern des Kapitalismus und der Demokratie Waffen von so schwerwiegender Bedeutung liefern? Die Verfügung über solche Kampfmittel in bolschewistischer Hand würde auch Washington als bedenklich erscheinen, würde sie sich doch auch gegen den weißen Haushalt so oft befindeten Friedenswillen auswirken. Man darf wohl annehmen, daß die Regierung der Vereinten Staaten sorgfältig die möglichen politischen Folgen überprüft, ehe es zum praktischen Bau der geplanten riesigen bolschewistischen Schlachtschiffe kommt.